

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 13. Dezember 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Dezember 2022)

zum Thema:

Spandau: Anti-extremistischer Einsatz I

und **Antwort** vom 23. Dez. 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Dez. 2022)

Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/14292
vom 13.12.2022
über Spandau: Anti-extremistischer Einsatz I

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht allein aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er war gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und bat das Bezirksamt Spandau um Stellungnahmen, die in der Folge wörtlich und ungekürzt wiedergegeben werden.

1. Welche Initiativen und/oder Netzwerke wurden bis dato von der Partnerschaft für Demokratie (PfD) gegen
a. Rechtsextremismus, b.Linksextremismus und c.Islamismus konkret begleitet? (Bitte jeweils nach a, b, c und Jahren aufschlüsseln.)

Zu 1.: Die Partnerschaft für Demokratie (PfD) unterstützt gemäß der Förderrichtlinien des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ die „zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure für Aktivitäten gegen Extremismus, Gewalt und die unterschiedlichen Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und [trägt] zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern bei.“ Ein formal konstituiertes Netzwerk, das die PfD begleitet, ist das Netzwerk für Demokratie, Toleranz, Respekt und Vielfalt. Siehe dazu Erklärung vom 24. April 2022 auf <https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/artikel.667015.php>.

2. Wie wurden die genannten Initiativen und/oder Netzwerke durch die Pfd begleitet? (Bitte jeweils nach a, b, c und Jahren aufschlüsseln.)

Zu 2.: Siehe Antwort zu Frage 1.

Berlin, den 23. Dezember 2022

In Vertretung
Saraya Gomis
Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung